



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7200 Geissbühler

#### Eidgenössische Kommission gegen Rassismus: Keine Islamkritik

Die EKR befasst sich mit Randthemen wie Kulturelle Aneignung und historischen Denkmälern, aber kein kritisches Wort zum Islam.

1. Warum hat sich die EKR die im 2022 von einem Imam erfolgten Zwangsheiraten im Haus der Religionen nicht kritisch geäussert?
2. Warum wird die Verfolgung von Andersdenkenden und Nichtgläubigen durch den Islamismus von der EKR nicht klar verurteilt?
3. Ist der EKR nicht bewusst, dass die strengen islamischen Kleidervorschriften eine Diskriminierung der Frauen darstellt?

#### Antwort

Gestützt auf den Auftrag des Bundesrates vom 23. August 1995 befasst sich die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR mit rassistischer, ethnisch-kultureller Diskriminierung in der Schweiz. Sie bekämpft jegliche Form von direkter oder indirekter rassistischer Diskriminierung und schenkt einer wirksamen Prävention besondere Beachtung. Wie den Jahresberichten der EKR zu entnehmen ist, hat sich die Kommission mit Publikationen, Stellungnahmen und in den Medien zu einer Vielfalt von Themen geäussert, die rassistische Diskriminierung in der Schweiz betreffen.

Bei den hier aufgeworfenen Fragen geht es nicht um rassistische Diskriminierung in der Schweiz, weshalb sie nicht in das Mandat der EKR fallen.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7203 Sauter

#### Verzögerung wissenschaftlicher Pilotversuche zur kontrollierten Cannabisabgabe

Seit Mai 2021 ist die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, welche die Durchführung wissenschaftlicher Pilotversuche mit Cannabis ermöglicht, in Kraft. Verschiedene Projekte zur Durchführung von Pilotversuchen (u.a. Stadt Zürich) liegen dem BAG zur Genehmigung vor. Angesichts der zeitlichen Befristung der gesetzlichen Grundlage auf zehn Jahre ist ein zügiger Start der Versuche zwingend. Woran liegt es, dass von Seiten des BAG bis jetzt fast keine Gesuche bewilligt wurde?

#### Antwort

Beim Bundesamt für Gesundheit sind 17 Gesuche für die Durchführung eines wissenschaftlichen Pilotversuchs mit Cannabis eingegangen. 14 Gesuche sind derzeit hängig. Es gibt zwei zentrale Gründe, weshalb diese noch nicht bewilligt werden konnten.

---

Erstens erfüllen gewisse Gesuche noch nicht alle Anforderungen und mussten an die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller zurückgeschickt werden.

Zweitens ist der Bewilligungsprozess komplex und bedarf Abklärungen mit externen Akteuren: Neben einer Bewilligung des BAG ist zum Beispiel eine Ausnahmegewilligung für den Anbau des Cannabis respektive für die Herstellung von Cannabisprodukten erforderlich. Zudem ist für das Forschungsprojekt eine Bewilligung oder eine Nichtzuständigkeitserklärung der jeweiligen Ethikkommission notwendig. Weiter sind die betroffenen Kantone und Gemeinden im Verfahren anzuhören. Zu einigen Gesuchen haben bereits verschiedene betroffene Kantone Vorbehalte geäussert, die nun mit den involvierten Akteuren und den Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller abgeklärt werden müssen.

Erst wenn alle diese Schritte erfolgreich durchgeführt werden konnten, kann ein Gesuch bewilligt werden.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7212 Baumann**

#### **Zusatzerhebung der landwirtschaftlichen Betriebserhebung**

In der Zusatzerhebung der landwirtschaftlichen Betriebserhebung wurden seit 2010 alle 3 Jahre die Wahrscheinlichkeit der Betriebsweiterführung durch die Familie bei Betriebsleiter:innen mit Alter >50 erhoben und publiziert (BFS). Für die Erhebung von 2020 sind zu dieser Frage keine Zahlen publiziert. Wurden diese nicht erhoben oder sind sie einfach nicht publiziert worden? Und werden sie in der Zusatzerhebung von 2023 wieder erhoben und publiziert werden?

#### **Antwort**

Die Zahlen zur Betriebsweiterführung sind nicht Teil der Zusatzerhebungen von 2020 und 2023. Um die Belastung für die Befragten so gering wie möglich zu halten, identifiziert das BFS gemeinsam mit seinen Partnern aus der Branche vor jeder Erhebung die Inhalte der Umfrage. Für die Jahre 2020 und 2023 wurden andere Themen priorisiert. Ob Fragen zur Betriebsweiterführung in die Zusatzerhebung zur landwirtschaftlichen Betriebszählung 2026 aufgenommen werden sollen, wird das BFS ebenfalls mit den Partnern entscheiden.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7219 de Courten Regulierungsfolgeabschätzung zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten**

Die Gesundheitskommission von Nationalrat und Ständerat haben vom BAG gefordert, dass es bei den geplanten Änderungen der KLV/KVV eine Regulierungsfolgenabschätzung in Auftrag gibt. Stattdessen verweist das BAG ständig auf die zwischenzeitlich uralte Basis von 2018.

Plant der Bundesrat eine neue Regulierungsfolgenabschätzung in Auftrag zu geben und insbesondere die möglichen Risiken mit Bezug auf die günstigen Medikamente der Grundversorgung in die Ausgestaltung der Verordnungen einzubeziehen?

#### **Antwort**

Mit den genannten Verordnungsanpassungen im Arzneimittelbereich soll bei der Einzelfallvergütung die Gleichbehandlung der Versicherten verbessert werden. Zudem sind auch Kosteneinsparungen im patentabgelaufenen Bereich vorgesehen, wobei bei der Ausarbeitung der Vorlage die Versorgungssicherheit auch mit günstigen Medikamenten besonders berücksichtigt wurde.

Der Bundesrat erwartet die grössten Auswirkungen bei häufig eingesetzten Generika und Biosimilars. Für Massnahmen in diesem Bereich wurde bereits eine Regulierungsfolgenabschätzung im Zusammenhang mit dem Referenzpreissystem durchgeführt und die Folgen der Anpassungen beschrieben.

Aus Sicht des Bundesrates braucht es keine zusätzliche Regulierungsfolgeabschätzung. Einerseits entsprechen die Vorschläge in der Vernehmlassung weitgehend den Forderungen der Kommissionen im Rahmen der Beratungen des Referenzpreissystems. Andererseits führen EDI und BAG intensive Gespräche mit allen Stakeholdern und werden den zuständigen Kommissionen die Resultate dieser Diskussionen nochmals vorlegen.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7222 Büchel Roland

**Enthüllungen des Konsumentenmagazins «Saldo»: Die Schweiz hat sich bis Ende 2023 zur Abnahme von über 60 Millionen Covid-Impfdosen verpflichtet. Wohin damit?**

Die Schweiz hat sich zur Abnahme von 61 Mio Impfdosen verpflichtet. Der Bundesrat hat die Recherchen von «Saldo» bestätigt (Frage Büchel 23.7080). Bis heute sind rund 17 Mio Dosen verabreicht, 10 Mio entsorgt und 4.1 Mio ins Ausland gespendet worden. Heute seien 12,5 Mio Dosen an Lager, 13.5 Mio müssten noch im Jahr 2023 zwingend bezogen werden.

- Wie viele der 26 Mio Dosen werden hierzulande voraussichtlich noch verimpft?
- Wie viele werden entsorgt?
- Wie viele werden verschenkt?

### Antwort

Die vom Bundesrat am 11. Mai 2021 verabschiedete Beschaffungsstrategie hatte zum Ziel, alle realistischen Szenarien abzudecken, damit in der Schweiz jederzeit genügend Mengen der besten und aktuellsten Impfstoffe verfügbar sind. Diese Strategie wird auch 2023 fortgesetzt. Deshalb hat der Bundesrat das Interesse an einem raschen Zugang zu einer stets genügenden Anzahl Impfstoff-Dosen höher gewichtet als das Risiko überschüssigen Impfstoffes. Diese auf Sicherheit fokussierte Strategie wurde nicht zuletzt auch wegen der Diskussionen im Parlament gewählt.

Wieviele Dosen verimpft werden, ist abhängig von der epidemiologischen Entwicklung und der Nachfrage in der Bevölkerung. Neue besorgniserregende Varianten können zu einer deutlich höheren Nachfrage nach Impfungen führen.

Impfstoffdosen, deren Haltbarkeitsdatum – allenfalls auch nach einer Haltbarkeitsverlängerung – abgelaufen sind, müssen vernichtet werden. Zeitpunkt und genaue Mengen können nicht vorhergesagt werden.

Die Schweiz setzt für die Spende primär auf die multilaterale COVAX-Initiative, welche Anfragen der Empfängerstaaten koordiniert und an Geberländer weiterleitet. Seit



Längerem sind jedoch global mehr Spendendosen verfügbar, als potentielle Empfängerstaaten tatsächlich nachfragen und verimpfen können. Trotzdem konnten signifikante Mengen gespendet werden, weitere Spenden sind in Abklärung.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7225 Lohr**

#### **Darf der Streit zwischen IV und Lieferanten auf dem Buckel von Versicherten ausgetragen werden?**

Ein zentraler Lieferant von Behandlungsgeräten im Atmungsbereich droht derzeit im Streit mit der IV; dass Versicherte erhebliche Teile der Kosten selber übernehmen müssen.

Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass gemäss aktueller Rechtslage bei den medizinischen Massnahmen der IV die Versicherten keine Kostenbeteiligung zu tragen haben?

#### **Antwort**

Die IV übernimmt die Kosten von medizinischen Massnahmen, wenn die Voraussetzungen gemäss Bundesgesetz über die Invalidenversicherung erfüllt sind. Die Massnahmen müssen insbesondere wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sein.

Bei Behandlungsgeräten gilt seit dem 1. Januar 2022 ausdrücklich, dass die Kosten übernommen werden, wenn die Geräte auf der Mittel- und Gegenständeliste aufgeführt sind. Dabei wird in der Regel maximal der Höchstbetrag übernommen, der in der Liste festgelegt ist.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7235 Lohr

#### Schweizer Notfallzulassung zu Arzneimittel mit bedeutendem Nutzen für die öffentliche Gesundheit

Die Schweiz hinkt dem Ausland bei der Verfügbarmachung von COVID- und zuletzt Affenpockenimpfstoffen hinterher. Aktuelle Beispiele sind die neue COVID-Prophylaxe für Risikopatienten und vielleicht bald die Vogelgrippe. Braucht es für solche Situationen eine Notfallzulassung nach amerikanischem Vorbild, damit Swissmedic Medikamente schneller zulassen kann? Welche langfristig schlagkräftigen Prozesse, die sicherstellen, dass alle Patienten schnellstmöglich notwendige Therapien erhalten braucht es?

#### Antwort

Mit der befristeten Zulassung verfügt Swissmedic bereits heute über ein wirksames Instrument. Impfstoffe und Therapeutika können sehr rasch zugelassen werden, bevor alle Daten vorliegen, die für eine unbefristete Zulassung erforderlich sind. Dieses Vorgehen hat sich bewährt.

Im Weiteren können gestützt auf die Covid-19-Verordnung 3 vielversprechende Therapeutika bereits zum Zeitpunkt der Einreichung eines Zulassungsgesuchs in Verkehr gebracht werden.

Die Covid-Verordnung 3 gilt allerdings nur für Covid-19-Therapeutika. Für den Einsatz von Nicht-Covid-19-Impfstoffen und -therapeutika ist die Situation schwieriger. Es besteht zwar die Möglichkeit für Medizinalpersonen, im Ausland zugelassene Impfstoffe und Arzneimittel für ihre Patientinnen und Patienten zu importieren und abzugeben. Dieser Ansatz des Imports durch den Arzt ist bei einem Bedarf für grössere Mengen wenig praktikabel, wie die Erfahrungen im Umgang mit Impfstoffen und Therapeutika gegen Affenpocken gezeigt haben. Der Bundesrat wird deshalb im Rahmen der anstehenden Revision des Epidemiengesetzes prüfen, ob eine entsprechende Anpassung der heutigen Regelung angezeigt ist. Die im Rahmen der Covid-19-Verordnung gewählten Ansätze haben sich grundsätzlich bewährt und sind einer Notfallzulassung nach amerikanischem Vorbild vorzuziehen.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7237 Herzog Verena**

#### **Grosse Verunsicherung aufgrund ungenügender Aufklärung der Bevölkerung nach Annahme der Widerspruchsregelung und Löschung des Organspenderegisters**

Nach der Annahme der Widerspruchslösung und der Löschung des Organspenderegisters besteht vor allem bei älteren Menschen eine grosse Verunsicherung.

- Was unternimmt der Bundesrat in der aktuellen Übergangsphase zur sofortigen, sorgfältigen Aufklärung auch für Menschen, die wenig vertraut sind mit dem Internet?
- Wann beginnt der Bundesrat mit einer für alle verständlichen Aufklärungskampagne zur Widerspruchsregelung?
- Wie ist der konkrete Zeitplan?

### **Antwort**

Die Widerspruchslösung wird voraussichtlich im 2025 eingeführt. In der aktuellen Übergangsphase gilt weiterhin die erweiterte Zustimmungslösung. Das Bundesamt für Gesundheit begleitet diese Phase mit einer breiten Informationskampagne. Diese wird nicht nur über die sozialen Medien, sondern auch über Fernsehwerbung verbreitet. Verteilt werden zudem gedruckte Unterlagen wie Broschüren mit integrierter Organspende-Karte. Ziel ist es, dass sich möglichst viele Menschen über verschiedene Kanäle mit dem Thema auseinandersetzen und eine Entscheidung zur Spende treffen können.

Im Hinblick auf die Einführung der Widerspruchslösung wird das BAG eine neue, breit angelegte, Kampagne erarbeiten. Derzeit wird eine umfassende Situationsanalyse erarbeitet. Diese basiert auf einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung. Der Start der Kampagne wird eng abgestimmt mit der Bereitstellung des neuen Organ- und Gewebespenderegisters.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7238 Herzog Verena

#### Ab wann sind immunsupprimierte Menschen in der Schweiz wieder geschützt?

Für 98% der Bevölkerung ist die Pandemie vorbei. Für Immunsupprimierte bzw. Risikopatienten kann jedoch weiterhin jede Ansteckung mit COVID lebensgefährlich sein. Verfügbare Prophylaxe-Therapien wirken bei neuen Varianten nicht mehr. Nachfolge-Therapien sind aber in Entwicklung und sollen in Kürze, z.B. in Frankreich, verfügbar sein. Wie weit ist die Schweiz mit der Beschaffung der neuen Prophylaxe und wie wird sichergestellt, dass diese in der Schweiz möglichst schnell verfügbar ist?

#### Antwort

Die verfügbare Covid-19 Prophylaxe für Risikopatientinnen und -patienten wird aufgrund von Mutationen des Coronavirus – und der damit verbundenen Einschränkung der Wirksamkeit – aktuell nur in seltenen und spezifischen Situationen von der Schweizerischen Gesellschaft für Infektiologie (SSI) zur Anwendung empfohlen. Das Bundesamt für Gesundheit ist sich der Gefahr für immunsupprimierte Patientinnen und Patienten bewusst und steht in ständigem Austausch mit den Expertinnen und Experten der SSI, um neue Prophylaxemöglichkeiten zu evaluieren. Bisher empfiehlt die SSI aufgrund von nur beschränkt vorhandenen klinischen Daten noch keine weitere – sich in Entwicklung befindliche – Prophylaxe zur Anwendung. Bei vielversprechenden klinischen Daten und entsprechender Empfehlung der Expertinnen und Experten prüft das Bundesamt für Gesundheit eine Beschaffung und Bereitstellung für die Schweiz.

Im Gegensatz zur Prophylaxe stehen Therapieoptionen weiterhin zur Verfügung und werden auch bei immunsupprimierten Risikopatientinnen und -patienten bei einer Covid-19 Erkrankung von der SSI zur Anwendung empfohlen. Die Kosten für Testung und Therapie werden dabei vom Bund übernommen, solange sie nicht von der Krankenkasse gedeckt werden.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7240 Mäder

#### Nachhaltige Investition für eine sichere Schweiz dank Gesundheitsschutz?

COVID-19 zeigt, dass globale Gesundheitskatastrophen weitreichende Auswirkungen haben. Internationaler Gesundheitsschutz ist daher in unserem Eigeninteresse. Leider verfügt die Schweiz über keinen entsprechenden Finanzierungsmechanismus.

1) Plant der BR Initiativen zugunsten des intern. Gesundheitsschutzes längerfristig zu finanzieren (zB CEPI)?

2) Wie beurteilt der BR die Möglichkeit eines Verpflichtungskredits?

3) Wie können diese Mittel möglichst zeitnah zur Verfügung gestellt werden?

#### Antwort

Der Bundesrat erarbeitet zurzeit Grundlagen und Möglichkeiten, um die globale Gesundheitsarchitektur langfristig stärken zu können. Die schnelle Entwicklung und Zulassung von Impfstoffen, welche von der CEPI, der *Coalition for Epidemic Preparedness Innovations*, massgeblich unterstützt wurde, zeigt beispielhaft den Mehrwert internationaler Organisationen für den Schutz der Gesundheit der Schweizer Bevölkerung. Bei der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten ist die Schweiz auf den Erfolg der internationalen Gemeinschaft angewiesen.

Die erfolgreiche Bekämpfung von Krankheitserregern im Ausland hat einen direkten Einfluss auf die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung. Es ist daher zentral, sich weiterhin im Bereich des internationalen Gesundheitsschutzes auf sektoraler Ebene langfristig zu engagieren. Die gesetzlichen Grundlagen bestehen, damit der Bundesrat im Rahmen des internationalen Gesundheitsschutzes tätig sein kann.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7247 Roduit

**Doit-on revoir les rentes complémentaires AVS versées aux retraités qui ont des enfants ?**

Selon le droit actuel, l'AVS verse des allocations aux retraités suisses parents d'enfants mineurs ou en formation jusqu'à leur 25e anniversaire. L'année dernière, plus de 23000 personnes, dont une partie à l'étranger, auraient perçu une telle rente complémentaire pour un coût estimé à 230 millions de francs. Sachant que ces coûts, en lien avec l'évolution de la société, ne cessent de croître et que cela peut faire débat, le Conseil fédéral envisage-t-il de prendre des mesures ?

### Réponse

La question des rentes pour enfant de l'AVS a été analysée dans le cadre de la réforme AVS 21, sur la base d'une étude visant à connaître les conditions économiques des rentiers ayant des enfants après 65 ans. Le Conseil fédéral avait conclu que, grâce à ces prestations, les enfants qui donnent droit à ces rentes ne doivent pas plus souvent vivre dans des conditions économiques plus défavorables que les enfants de parents qui n'ont pas encore atteint l'âge de la retraite, limitant ainsi leur risque de pauvreté. Dès lors, aucune mesure visant à restreindre ces prestations n'avait été proposée dans le cadre de cette réforme.

La thématique des rentes pour enfant sera examinée par le Conseil fédéral dans le cadre des nouvelles propositions de réforme de l'AVS.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7255 Wasserfallen Flavia Grundversicherung: Harte Sanktionen ohne Vorwarnung**

Drei Viertel der Versicherten wählen ein Hausarzt-, Telmed- oder HMO-Modell. Bei einem Verstoß gegen deren Regeln können viele Krankenkassen gemäss AVB die Kostenübernahme vollständig verweigern und Versicherte in das Standardmodell umteilen. Dies kann zu Zusatzkosten im vierstelligen Bereich führen. Erachtet es der Bundesrat als verhältnismässig, dass solche Sanktionen ohne Vorwarnung und bereits bei einem einmaligen Verstoß erfolgen können?

#### **Antwort**

Die Versicherer können besondere Versicherungsformen mit eingeschränkter Wahl des Leistungserbringers anbieten. In einem solchen Modell beschränken die Versicherten ihr Wahlrecht freiwillig auf einen oder mehrere Leistungserbringer. Der Abschluss eines solchen Versicherungsmodell ist für die Versicherten freiwillig. Sie profitieren als Gegenleistung von tieferen Prämien.

Die Versicherer können die Sanktionsbestimmungen innerhalb des gesetzlichen Rahmens frei gestalten. Viele Versicherer sehen als erste Sanktionsstufe eine Mahnung vor. Das Gesetz verlangt jedoch weder eine Vorwarnung noch mehrere Vertragsverletzungen, damit der Versicherer die Leistung verweigern oder den Versicherten ins Standardmodell umteilen kann. Diese Auslegung wird in der ständigen Rechtsprechung kantonaler Gerichte und des Bundesgerichts – auch unter Berücksichtigung der Verhältnismässigkeit – gestützt. Voraussetzung ist, dass die Sanktionen bei einer Vertragsverletzung in den Versicherungsbedingungen klar und verständlich geregelt sind.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7261 Gugger PET-Flaschen mit Phthalate**

In seinen Antworten auf die Interpellation Gesundheitsgefährdung durch Kunststoff und Plastik-Abfall (22.4574) hält der Bundesrat unter anderem fest, dass «an Privatpersonen Produkte und Gegenstände, die regulierte Phthalate enthalten, nicht mehr abgegeben werden» dürfen.

- Ist sich der Bundesrat bewusst, dass jede PET-Flasche heute noch Phthalate enthält?

### **Antwort**

In der Herstellung von PET werden keine Weichmacher wie z.B. Phthalate eingesetzt. Phthalate können aber in kleinsten Mengen als Verunreinigung durch den Herstellungsprozess in PET enthalten sein. Bei so geringen Mengen kann eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen werden.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7262 Gugger Gesetzliche Grundlage für KI-Systeme im Gesundheitsbereich**

Welche gesetzlichen Grundlagen bestehen aktuell, um den Einsatz von KI-Systemen (künstliche Intelligenz) im Gesundheitsbereich zu prüfen?

Wie werden insbesondere Aspekten von Risikomanagement, Transparenz, Genauigkeit, Robustheit, Erklärbarkeit, Sicherheit und Cybersicherheit Rechnung getragen?

#### **Antwort**

Systeme, die künstliche Intelligenz nutzen, sind Software. Rechtlich ist die Zweckbestimmung entscheidend für die Qualifizierung einer Software als Medizinprodukt. Eine solche liegt dann vor, wenn patientenbezogene Daten maschinell verarbeitet und dadurch eine spezifische medizinische Angabe für eine bestimmte Patientin oder einen bestimmten Patienten erzeugt wird. Für Medizinprodukte gelten strenge Anforderungen an die Produktsicherheit und an das Qualitätsmanagement. Wird eine Software als Medizinprodukt qualifiziert, so müssen die Anforderungen des Heilmittelrechts berücksichtigt werden.

In der Schweiz gibt es für Medizinprodukte keine Zulassung, sondern eine Konformitätsbewertung. Die Konformität zu den international geltenden Normen wird von privaten Stellen bewertet. Die Aufsicht und der Vollzug der gesetzlichen Anforderungen liegen bei Swissmedic.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7264 Haab Kenntnisstand im Bereich «cloud seeding»**

In wiefern hat sich der Bundesrat bereits mit den Gefahren und Möglichkeiten von cloud seeding auseinandergesetzt? Welche Staaten / Akteure benutzen heute diese Technologie um das Wetter zu verändern?

#### **Antwort**

Mit «cloud seeding» werden Methoden der Wettermodifikationen gemeint. Sie zielen darauf ab, die Menge oder Art des Niederschlags, der aus Wolken fällt, zu verändern. Zwischen den '50 Jahren und den '70 Jahren wurden in der Schweiz Experimente durchgeführt, um die Möglichkeit der Hagelbekämpfung zu untersuchen. Teile dieser Experimente wurden damals vom Bund finanziert.

Trotz Jahrzehnten von Forschungsprojekten gibt es nach wie vor keine wissenschaftlich verwertbaren Nachweise dafür, dass diese Techniken und Methoden erfolgreich sind. Aus diesem Grund unterstützt der Bund keine entsprechenden Methoden.

Zur Frage, welche Staaten / Akteure heute Technologien im Bereich Cloud-Seeding nutzen, liegen keine abschliessenden Informationen vor.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7168 Molina**

#### **Kosovo: Gefahr einer erneuten formalen Ethnisierung auf dem Balkan**

Am 27. Februar 2023 einigten sich der Kosovo und Serbien unter Vermittlung der EU auf Grundsätze für weitere Verhandlung zur Normalisierung ihrer Beziehungen. Art. 7 der Vereinbarung zielt darauf ab, den mehrheitlich serbischen Gemeinden Kosovos formale Strukturen zu geben, die weit über die bereits garantierten Strukturen hinaus gehen. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass eine Lösung, die auf eine BiH-artige Lösung im Sinne der Republika Srpska abzielt, Frieden und Stabilität bedroht?

#### **Antwort**

Das Anliegen einer gewissen Selbstverwaltung von Gemeinden mit einer serbischen Bevölkerungsmehrheit in Kosovo geht auf das Brüsseler Abkommen von 2013 zwischen Serbien und Kosovo zurück. Die Einigung vom 27. Februar 2023 sieht vor, dass sich beide Parteien dafür einsetzen, eine angemessene Selbstverwaltung in die Tat umzusetzen.

Der Bundesrat begrüsst die enge Begleitung durch die EU. Die Bereitschaft beider Parteien, sich für die Umsetzung des Brüsseler Abkommens einzusetzen sowie ihre Beziehungen zu normalisieren, sieht er als wichtigen Beitrag für die Stabilität und Zukunft des gesamten Westbalkans. Das EDA unterstützt den Normalisierungsprozess seit Jahren, indem es in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft eine Plattform für vertrauliche Diskussionen bereitstellt.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7171 Estermann Nord-Stream Gaspipeline**

ist der Bundesrat bereit die untersuchenden Staaten schnellstmöglich um die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse zu bitten oder die angebliche Komplexität der anscheinend langwierigen Untersuchungen zu erläutern?

### **Antwort**

Die untersuchenden Staaten haben am 21.2. öffentlich mitgeteilt, dass die Untersuchungen noch in Gang sind. Der Bundesrat geht davon aus, dass die Ergebnisse zu gegebenem Zeitpunkt angemessen kommuniziert werden.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7178 Walder Participation du Belarus à l'Euro 2024

Le 25 mars prochain la Suisse rencontrera l'équipe du Belarus en Serbie alors que le Belarus s'enfonce dans la dictature et n'hésite pas à enfermer des milliers de manifestants pacifistes dans ses geôles. Difficile de jouer au football avec une équipe indirectement impliquée dans ces exactions.

Le Conseil fédéral est-il aussi d'avis que l'UEFA devrait exclure le Belarus de l'Euro 2024 de football, comme elle l'a fait pour la Russie ?

### Réponse

Il ne revient pas au Conseil fédéral de décider qui peut participer à une qualification pour les championnats d'Europe. La compétence d'exclure des membres appartient à la fédération. En revanche, la Suisse, par le biais du Centre pour le sport et les droits de l'homme, s'engage pour un meilleur respect des droits de l'homme dans le cadre des grands événements sportifs.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7179 Walder Soutenir les prisonniers politiques au Belarus

Un tribunal de Minsk a condamné vendredi passé le prix Nobel de la paix Ales Bialiatski à 10 ans de prison. Condamnation que la ministre allemande des affaires étrangères allemande a qualifié de farce. Comment le DFAE a-t-il réagi à cette condamnation ? L'ambassadeur du Bélarus a-t-il été convoqué par le DFAE ? Quelles mesures concrètes la Suisse prend-elle pour œuvrer à la libération d'Ales Bialiatski et de tous les autres prisonniers politiques au Belarus?

### Réponse

Le 3 mars, le DFAE a publiquement condamné la condamnation d'Ales Bialiatski et a appelé les autorités bélarusses à respecter la liberté d'expression et de réunion pacifique. Dans le cadre de l'OSCE, la Suisse a également critiqué les différentes condamnations motivées politiquement, notamment à l'encontre des autres membres de l'ONG Viasna. Le DFAE appelle régulièrement les autorités bélarusses à libérer tous les prisonniers politiques.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7183 Walder

**Réforme judiciaire en Israël, quelles conséquences sur nos relations bilatérales ?**

La réforme judiciaire décidée par le gouvernement israélien prévoit que le Parlement désigne les juges de la Cour suprême et puisse passer outre les décisions de la Cour suprême à la majorité simple. La séparation des pouvoirs et l'État de droit, piliers essentiels de la démocratie, seraient ainsi supprimés.

Le CF a-t-il fait part au gouvernement IL de ses préoccupations? Quelles seront les conséquences de l'affaiblissement de l'État de droit en IL sur nos relations bilatérales?

### Réponse

Le Conseil fédéral attache de l'importance à l'état de droit, aux droits de l'homme et à la démocratie dans le monde. Il n'a pas pour usage de commenter un processus législatif en cours.

Les services compétents au DFAE suivent ces développements de près.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7202 Geissbühler Saudi-Arabiens Zeltstadt könnte 3 Mio. Flüchtlinge aufnehmen

Seit einigen Wochen ist Europa im Ausnahmezustand. Es wird ihnen Vorgeworfen nicht genügend zu unternehmen.

Gleichzeitig stehen riesige Kapazitäten in der arabischen Welt frei.

Die wohlhabendsten Nationen der arabischen Welt nahe Syrien nehmen keinen einzigen Flüchtling auf.

1. Was unternimmt der BR damit diese Staaten Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen?
2. Ist dem BR bekannt, dass die komfortabel ausgerüstete Zeltstadt in Mina nur während 5 Tagen im Jahr besetzt ist?

### Antwort

Eines der Ziele der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz ist die Bekämpfung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration auf der Welt.

Dazu gehört auch, dass sich die Schweiz international für eine faire Aufteilung der Verantwortung im Umgang mit Flüchtlingen einsetzt. So zum Beispiel im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Hochkommissariat der UNO für Flüchtlinge UNHCR. Jeder Staat bestimmt letzten Endes selber, wie er sich beteiligt. Die globale Verteilung ist auch ein wichtiges Thema beim Globalen Flüchtlingsforum im kommenden Dezember in Genf.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7207 Pult**

#### **Verbotsverfahren gegen die HDP vor den türkischen Wahlen. Was macht der Bundesrat**

Am 14. Mai finden in den Türkei Wahlen statt.

- Welche völkerrechtlichen Verpflichtungen ist die Türkei eingegangen, diese Wahlen demokratisch und rechtsstaatlich korrekt durchzuführen?
- erinnert der Bundesrat multilateral und bilateral die Türkei an diese Verpflichtungen?
- Wie begegnet er dem juristischen Druck und insbesondere dem Verbotsverfahren, dem sich die HDP als aktuell drittstärkste Partei im türkischen Parlament kurz vor den Wahlen ausgesetzt sieht?

#### **Antwort**

Die Türkei ist Teilnehmerstaat der OSZE und Mitglied des Europarats und hat sich damit verpflichtet, internationale Standards im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzuhalten. Die ODIHR wird für die bevorstehenden Wahlen eine grosse Beobachtungsmission entsenden, welche aus 28 Langzeit- und 350 Kurzzeitbeobachtenden bestehen wird. Das Mandat beinhaltet auch ein Langzeit-Monitoring vor den Wahlen. Die Schweiz unterstützt diese Beobachtungsmissionen mit Beobachterinnen und Beobachtern.

Die Schweiz, namentlich das EDA, nutzt den bilateralen und multilateralen Dialog mit der Türkei, um einen Austausch über völkerrechtliche Verpflichtungen zu pflegen.

Beim Verbotsantrag gegen die HDP handelt es sich um ein laufendes Gerichtsverfahren in einem anderen Staat. In ein solches Verfahren greift die Schweiz nicht ein und nimmt auch nicht öffentlich Stellung dazu.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7208 Dandrès

#### Croissant rouge syrien, bras d'Assad pour les violations des droits humains en Syrie

Le 16 mars aura lieu la Conférence des pays donateurs pour la Syrie. Le Croissant rouge syrien (CRAS) pourrait y participer. Le CRAS est lié au régime d'Assad et opère sous les ordres des services de renseignements de la dictature. Il participe ainsi à la répression qui continue contre la population. Permettre la présence du CRAS à la Conférence peut constituer une reconnaissance d'un régime criminel. Le Conseil fédéral s'opposera-t-il à la participation du CRAS à cette conférence ?

#### Réponse

La conférence des donateurs organisée par l'UE et la Suède pour aider les populations touchées par le tremblement de terre en Turquie et en Syrie a été reportée. Au vu de l'ampleur des besoins humanitaires, ce report est regrettable.

En principe, c'est à saluer que les acteurs humanitaires qui effectuent le travail sur le terrain sont représentés à de telles conférences de donateurs. Le Conseil Fédéral n'a pas influence sur les invitations aux conférences de donateurs qui ne sont pas organisées par la Suisse.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7226 Molina**

#### **"Shrinking space" für die Zivilgesellschaft in Israel**

Die Regierung Israels beabsichtigt ein Gesetz zu verabschieden, das die Besteuerung von Beiträgen ausländischer Regierungen an gemeinnützigen Organisationen vorsieht. Dies wird auch Beiträge der Schweiz an humanitäre Akteure und Menschenrechtsarbeit betreffen. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um die Kontinuität dieser Beiträge zu gewährleisten?

#### **Antwort**

Der Bundesrat kommentiert keine laufenden Gesetzgebungsverfahren. Die zuständigen Dienste verfolgen die Entwicklungen und analysieren mögliche Auswirkungen. Die Schweiz hat die Einschränkungen auf die Zivilgesellschaft im Nahen Osten in der letzten Session des Menschenrechtsrats thematisiert.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7229 Walder

**Exploitation minière en eaux profondes : quelle est la position du Conseil fédéral sur l'octroi de licences et sur l'établissement d'un moratoire?**

Le 4 mars, les Nations unies ont adopté pour la première fois un accord sur la protection des mers. Parallèlement, l'ISA a reçu des demandes d'octroi de licences pour l'exploitation minière en eaux profondes. Face au risque pour la biodiversité, de plus en plus de pays européens soutiennent un moratoire ou une interdiction de l'exploitation minière en eaux profondes.

Le CF entend-il enfin se positionner ou attend-il toujours que le Conseil de l'ISA propose une réglementation à l'Assemblée?

### Réponse

Le Conseil fédéral adoptera sa position sur l'exploitation de la zone internationale des fonds marins d'ici fin juin 2023, soit avant la session de l'Assemblée de l'ISA.

Si l'Assemblée de l'ISA n'approuve pas le règlement sur l'exploitation de la zone internationale des fonds marins en juillet prochain, la Suisse fera alors valoir sa position à ce sujet.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7230 Walder

#### Placements forcés d'enfants tibétains dans des internats en Chine

Quel est le point de vue du CF sur le placement forcé de centaines de milliers d'élèves tibétains dans des internats chinois, où l'enseignement est dispensé exclusivement en mandarin, comme l'ont rapporté des experts de l'ONU au Conseil des droits de l'homme ? Le CF va-t-il intervenir lors de la session en cours du Conseil des droits de l'homme de l'ONU ou dans d'autres instances internationales face à ces graves violations des droits des enfants et adolescents tibétains par la RPC au Tibet ?

#### Réponse

Le Conseil fédéral a pris connaissance du rapport des Rapporteurs Spéciaux de l'ONU du 11 novembre 2022 sur l'assimilation et l'acculturation des enfants tibétains en Chine. La Suisse soutient les recommandations du Comité du Pacte I de l'ONU du 7 mars 2023, qui demande à la Chine de prendre toutes les mesures nécessaires pour garantir le plein exercice des droits culturels, et d'abolir le système d'internat imposé aux enfants tibétains et d'autoriser la création d'écoles privées tibétaines. La Suisse abordera également la situation des droits de l'homme en Chine, y compris au Tibet, lors de l'actuelle 52<sup>e</sup> session du Conseil des droits de l'homme.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7231 Addor WEF: des privilèges justifiés?

En vertu d'un accord de 2015 avec le Conseil fédéral, le WEF, fondation purement privée qui s'est donné pour vocation de réunir les "grands de ce monde" dans notre pays, bénéficie de divers privilèges notamment fiscaux (exonération de l'IFD), économiques (libre disposition de fonds) et administratifs (exemption des conditions d'admission des étrangers fixées par la LEtr). Est-il vraiment dans l'intérêt de la Suisse d'accorder de tels privilèges au fer de lance du lobby mondialiste ?

### Réponse

Fondation à but non lucratif, le World Economic Forum (WEF) est devenu une plateforme importante au niveau mondial pour les échanges informels entre représentants d'Etats, d'une part, et entre les secteurs public et privé, d'autre part. La participation régulière de représentants de haut rang aux rencontres annuelles de Davos atteste sa large reconnaissance internationale. Le WEF maintient des coopérations stratégiques avec de nombreuses organisations intergouvernementales dans ses domaines d'activité et renforce l'image de la Suisse comme Etat hôte de conférences et d'organisations internationales.

En application de la loi sur l'Etat hôte, le Conseil fédéral a conclu en janvier 2015 un accord avec le WEF. Le contenu de cet accord est similaire aux accords relatifs aux privilèges et immunités conclus avec d'autres organisations du même type.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7233 Fehlmann Rielle

**Pogrom en Cisjordanie et appel du Ministre B. Smotrich à « l'anéantissement du village de Huwara ».**

Le 26 février, environ 400 colons juifs ont attaqué plusieurs villages dont Huwara en Cisjordanie occupée. 350 Palestiniens ont été blessés. Il s'agit d'une série d'actes de violence commis par des colons, couverts par l'armée, approuvés par les politiques et impunis.

La Suisse a-t-elle réagi à ce pogrom et à l'appel à la violence d'un membre du gouvernement israélien ? Comment la Suisse va-t-elle contribuer à la protection de la population palestinienne dans les territoires occupés ?

### Réponse

Le Conseil fédéral condamne les incitations à la violence par toutes les parties et les appelle à respecter le droit international. Il est préoccupé par la multiplication de violences commises par des colons. Le bureau de représentation de la Suisse à Ramallah a participé à une visite diplomatique à Huwara le 3 mars et publié, conjointement avec 18 Etats, un communiqué de presse condamnant la violence dans cette ville. Le DFAE appelle Israël, conformément à ces obligations de droit internationale humanitaire, à prendre toutes les mesures nécessaires pour protéger les Palestiniens et à veiller à ce que les auteurs de ces actes soient traduits en justice.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7166 Romano**

#### **Attuazione della mozione 20.3736 "Il Ticino e la Svizzera non finiscono a Lugano. Integrare il Mendrisiotto nei collegamenti ferroviari a lunga percorrenza (IC)**

Nel 2022 entrambe le Camere federali hanno adottato la mozione 20.3736. Il Consiglio di Stato ticinese ha anche confermato di avere per anni chiesto espressamente di integrare il Mendrisiotto nella rete InterCity. Le autorità federali hanno sempre addotto motivazioni contrarie diverse. Ora si comunica che si procederà con l'offerta 2035. È questo il rispetto per le decisioni del Parlamento? I treni sono fermi oltre 45 min. tra Lugano e Melide: non si può o non si vuole scendere nel Mendrisiotto?

### **Antwort**

Mit der im Dezember 2022 überwiesenen Motion 20.3736, welche Sie selber eingegeben haben, wurde der Bundesrat beauftragt dafür zu sorgen, dass das Mendrisiotto mit Halten in Mendrisio oder Chiasso in das IC-Streckennetz integriert wird. In den drei Monaten seit Dezember 2022 konnte der Bundesrat diesen Auftrag aber noch nicht umfassend umsetzen.

Der Bundesrat sieht jedoch vor, diesen Auftrag bei der Konsolidierung des Angebotskonzeptes 2035 umzusetzen und dem Parlament 2026 mit der Botschaft zu einem weiteren Ausbauschnitt zu unterbreiten.

Im derzeitigen Fahrplan ist tagsüber eine Weiterführung der in Lugano endenden Intercity-Züge nicht möglich, da zu dieser Zeit Regio-Express-Züge verkehren, welche von Locarno über Lugano – Mendrisio – Chiasso nach Milano fahren. Diese Regio-Express-Züge erachten wir für die Erschliessung des Kantons Tessin als wichtig. Sie haben in Lugano optimale Anschlüsse an die IC-Züge von und nach der Deutschschweiz.

Schon heute ist das Mendrisiotto durch die Halte sämtlicher Eurocity-Züge in Chiasso ins Intercity-Netz eingebunden. Zusätzlich zu diesen 12 Eurocity-Zügen pro Tag und Richtung verkehren in Tagesrandzeiten werktags 3 Intercity-Züge, welche Mendrisio und Chiasso bedienen, am Morgen Richtung Deutschschweiz, am späten Abend südwärts bis Chiasso.



Da sich die Motion nicht ohne Auswirkungen auf Angebot oder Infrastruktur umsetzen lässt, wird das Bundesamt für Verkehr das Thema mit dem Kanton Tessin im Rahmen der ordentlichen Sitzungen mit der Planungsregion Tessin besprechen.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7167 Imboden

#### Gibt es Wassersparpläne bei Wassermangellage?

«Das Schneedefizit von heute ist die Trockenheit im nächsten Sommer und Herbst», so die Leiterin Hydrologie beim WSL-Institut für Schnee- und Lawinenforschung SLF in Davos. Da die Schneefallgrenze steigt, sinkt die Menge an Wasserreserven, die im Schnee gespeichert seien. Hat der Bundesrat einen Notfallplan bei Wassermangellage und wie sind die Zuständigkeiten? Wie läuft die Zusammenarbeit mit den für das Wassermanagement zuständigen Kantonen? Gibt es kantonale oder nationale Wassersparpläne?

#### Antwort

Gemäss Bundesverfassung verfügen die Kantone über Wasservorkommen. Bei Trockenheit entscheiden die Kantone oder Gemeinden über Verbote oder Priorisierungen beim Wasserbezug.

Die im Oktober 2020 in Kraft gesetzte Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in schweren Mangellagen verpflichtet die Kantone zu spezifischen Massnahmen beim Trinkwasser. Bereits vor Oktober 2020 verfügten rund die Hälfte der Kantone über regionale Wasserversorgungsplanungen.

Angesichts der zunehmenden Trockenperioden hat der Bundesrat im Mai 2022 die zuständigen Fachstellen des Bundes beauftragt, bis 2025 ein nationales Früherkennungs- und Warnsystem zur Trockenheit aufzubauen. Es soll Kantonen, Gemeinden und betroffenen Sektoren wie Landwirtschaft, Energiewirtschaft oder Schifffahrt ein frühzeitiges Handeln ermöglichen. Im Rahmen dieser Arbeiten werden zudem die Koordinationsstrukturen zur Umsetzung von Massnahmen in akuten Trockenheitslagen bestimmt. Eine erste Auslegeordnung der möglichen Strukturen auf Stufe Bund ist durch das UVEK erfolgt.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7173 Umbricht Pieren Mitfahrgemeinschaften in der Signalisationsverordnung

Durch das neue Symbol für Mitfahrgemeinschaften wird der Willkür im Strassenverkehr Tür und Tor geöffnet. Zudem sind solche staatliche Umerziehungsmassnahmen, die den Innenraum von Privatfahrzeugen betreffen, ein massiver Eingriff in die Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger. Eine rechtliche Grundlage für diese Signalisation ist nicht ersichtlich. Wie rechtfertigt der Bundesrat diesen massiven Eingriff in die öffentliche Ordnung und in die persönliche Freiheit?

#### Antwort

Der Bundesrat will Fahrgemeinschaften fördern. Wenn mehrere Personen ein Auto teilen, braucht es weniger Platz auf der Strasse und die Umweltbelastung sinkt. Mit dem Symbol für Mitfahrgemeinschaften kann die zuständige Signalisationsbehörde beispielsweise anzeigen, dass Fahrbahnen oder Fahrspuren nur von Fahrgemeinschaften benützt werden dürfen, oder sie kann Parkplätze für Fahrgemeinschaften reservieren.

Wie bei jeder Verkehrsanordnung muss die Behörde aber im Einzelfall sorgfältig prüfen, ob die Massnahme angemessen ist und ob die Vorteile die Nachteile überwiegen. Die Privilegierung von Mitfahrgemeinschaften darf die übrigen Verkehrsteilnehmenden nicht in unverhältnismässiger Weise einschränken. Eine Pflicht zur Bildung von Fahrgemeinschaften besteht nicht.

Die rechtlichen Grundlagen sind in Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 106 Absatz 1 des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) sowie in Artikel 65 Absätze 15 und 16, Artikel 79 Absatz 4 Buchstabe e sowie Ziffer 5.43 des Anhangs 2 der Signalisationsverordnung (SSV) enthalten.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7187 Imboden

#### Wie hoch sind die volkswirtschaftlichen Schäden der Klimaerwärmung?

Gemäss einer neuen Studie im Auftrag des Deutschen Bundeswirtschaftsministeriums verursacht der Klimawandel bis 2050 in Deutschland wirtschaftliche Folgekosten je nach Ausmass der Erderwärmung von 280 bis 900 Milliarden Euro; berücksichtigt werden dabei Belastungen durch eingeschränkte Produktionsmöglichkeiten oder unterbrochene Lieferketten. Wie hoch sind die wirtschaftlichen Schäden für die Schweiz? Gibt es entsprechende Studien für die Schweiz oder sind solche in Planung?

#### Antwort

In seiner langfristigen Klimastrategie hält der Bundesrat fest, dass die jährlichen gesamtwirtschaftlichen Kosten einer ungebremsen Klimaerwärmung in der Schweiz bis 2050 bis zu 4 Prozent des Bruttoinlandprodukts betragen könnten. Das entspräche im Jahr 2050 einem Betrag von rund 38 Milliarden Franken. Daneben gibt es verschiedene Studien, welche die Kosten für einzelne Teilbereiche betrachten. Bei den Infrastrukturen würden beispielsweise ab 2050 jährliche Kosten von rund 1 Milliarde Franken anfallen, im Bereich Gesundheit ab 2060 jährliche Kosten von bis zu 11 Milliarden Franken. Es gilt dabei zu berücksichtigen, dass Prognosen über mehrere Jahrzehnte mit sehr grossen Unsicherheiten verbunden sind. Das National Center for Climate Services wird die Kosten des Klimawandels in der Schweiz im Rahmen eines mehrjährigen Forschungsprojekts vertieft untersuchen.



## **Fragestunde vom 7. März 2023**

### **Frage 23.7196 Töngi**

#### **Werden die Beiträge an die Aggloprogramme erhöht?**

Gemäss Botschaft zum Aggloprogramm konnten nicht alle eingegangenen Projekte berücksichtigt werden. Der Bedarf übersteigt die Mittel des Bundes um den Faktor 1.4. Der Nationalrat lehnte im Herbst 21 nur knapp eine Erhöhung der Mittel ab, die Bundesrätin hatte in der Debatte argumentiert, falls die Mittel nicht ausreichen, müsse eine Erhöhung unterstützt werden.

Ist der Bundesrat jetzt bereit, die prozentuale Zweckbindung im NAF für die Aggloprogramme zu erhöhen?

#### **Antwort**

Eine Erhöhung der Beiträge an die Agglomerationsprogramme ist derzeit nicht notwendig. Der Bundesrat hat alle eingereichten Projekte geprüft. Die Projekte, die er nicht für eine Mitfinanzierung vorschlägt, erfüllen die Anforderungen für eine Mitfinanzierung (noch) nicht. Diese Anforderungen beziehen sich insbesondere auf die notwendige Projektreife, die Wirkung auf das Gesamtverkehrsgeschehen, die Siedlungsentwicklung nach innen, die Verkehrssicherheit und die Ressourcenschonung. Aus heutiger Sicht reicht der Anteil von 9 bis 12 Prozent für das Programm Agglomerationsverkehr aus dem NAF und somit für eine Mitfinanzierung aller relevanten Projekte durch den Bund aus.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7201 Geissbühler Ascheverstreutungstourismus in der Schweiz

In Deutschland wird für preiswerte, exklusive Naturbestattungen (Ascheverstreuerung, Fels-, Wiesen-, Bach-, Seebestattung usw.) in der Schweiz geworben.

1. Wie stellt sich der BR in Zeiten von Klima- und Umweltschutz zu diesem internationalen Bestattungstourismus?
2. Ist der BR der Meinung, dass gewerbsmässige Aschenverstreuerung auch in der CH verboten werden sollte?
3. Wie stellt sich der BR zu den rasch zunehmenden «wilden» Ascheverstreuerungen Verstorbener irgendwo in der Natur?

### Antwort

Bei Urnen besteht in der Schweiz keine Bestattungspflicht. Asche von Verstorbenen gilt aus Pietätsgründen nicht als Abfall. Aus umweltrechtlicher Sicht ist es deshalb grundsätzlich zulässig, wenn Privatpersonen die Asche einer verstorbenen Person in der Natur auf eigenem oder öffentlichem Grund verstreuen. Handelt es sich um privates Land, ist das Einverständnis der Eigentümerin oder des Eigentümers notwendig. In der Schweiz werden auch gewerbsmässige Bestattungen wie beispielsweise Waldfriedhöfe in aller Regel toleriert.

Der Bundesrat beobachtet die Entwicklungen, sieht jedoch zurzeit keinen Grund, gesetzgeberisch tätig zu werden.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7204 Schilliger CH-Kleber im Fahrzeug Nummernschild**

Bei der Beantwortung der Interpellation 19.3083 versprach der Bundesrat, dass eine Neugestaltung der Kontrollschilder in Planung sei. Zudem versprach er, dass nebst einer Optimierung auch der Ersatz des CH-Klebers durch die Integration des Landeszeichens ins Kontrollschild erfolgen könnte.

Deshalb die Fragen: wo steht das Projekt? Ist die Integration des Landeszeichens immer noch Projektziel? Auf welches Jahr kann mit einer Umsetzung gerechnet werden?

### **Antwort**

In bevölkerungsreichen Kantonen wird der Vorrat an Zahlenkombinationen, welche auf Kontrollschildern mit sechs Ziffern gebildet werden können, in absehbarer Zeit erschöpft sein. Eine Neugestaltung der Kontrollschilder ist grundsätzlich unumgänglich, aber noch nicht dringend. Im Rahmen dieser Neugestaltung wird der Bundesrat nebst weiteren Optimierungen auch den Ersatz des CH-Klebers durch die Integration des Landeszeichens ins Kontrollschild prüfen. Das Projekt zur Neugestaltung der Kontrollschilder startet noch in diesem Jahr. Mit der Umsetzung kann voraussichtlich bis 2026 gerechnet werden.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7211 Pasquier-Eichenberger

**Non internalisation des coûts externes du trafic aérien - cette subvention a-t-elle également un impact négatif sur la biodiversité ?**

En réponse à mon interpellation 22.4426, le Conseil fédéral écrit : " Selon un rapport de l'ARE datant de 2019, les coûts externes du transport aérien en Suisse avoisinent 1,5 milliard de francs, dont 1,157 milliard de francs au titre des dommages climatiques et 117 millions de francs au titre du bruit. "

1. Quel est le montant des coûts externes dans le domaine de la biodiversité ?
2. S'agit-il d'une subvention indirecte ? Si non, pourquoi ? Si oui, que fait le Conseil fédéral ?

### Réponse

1. En 2019, les coûts externes de l'aviation dans le domaine de la biodiversité en Suisse se montaient à :  
3.9 millions de francs pour ce qui est des dommages provoqués par la pollution de l'air ; avant tout les émissions d'oxydes d'azote (NOx), qui entraînent eutrophisation et acidification des écosystèmes  
7.2 millions pour les pertes d'habitat subies par la faune et la flore dues à l'utilisation des surfaces par les aéroports.
2. Non. Il s'agit d'effets externes non internalisés. L'administration n'utilise pas le terme subvention indirecte dans ce contexte.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7213 Baumann**

#### **Kugelfangsanierungen: Prüf- und Sanierungswerte für Blei im Waldboden**

Kugelfänge liegen oft am Waldrand und werden nach der Stilllegung bestockt oder verwalden. Bei der Sanierung ist der altlastenrechtliche Vollzug schwierig, da die VBBo für Blei nur Prüf- und Sanierungswerte bei Nutzungen mit einer möglichen direkten Bodenaufnahme definiert (Landwirtschaft, Familiengärten etc.). Sind dem Bundesrat diese Vollzugsprobleme der Kantone bekannt? Wenn ja, gibt es Bestrebungen, auch Prüf- und Sanierungswerte für Blei im Waldboden zu definieren? Wenn nein, warum nicht?

#### **Antwort**

Dem Bund sind die Vollzugsprobleme der Kantone bekannt. Prüf- und Sanierungswerte der Verordnung über Belastungen des Bodens (VBBo) werden aufgrund der jeweiligen Nutzung festgelegt. Kugelfänge im Wald oder am Waldrand werden nur saniert, wenn ein Schutzgut wie Grund- oder Oberflächengewässer betroffen ist. Zum Beispiel besteht bei einer Lage des Kugelfanges am Waldrand dann ein Sanierungsbedarf, wenn durch Erosion belastetes Material auf landwirtschaftliche Flächen oder in einen Fluss gelangen kann. Der Bund evaluiert derzeit, ob es sinnvoll wäre, Prüf- und Sanierungswerte für Schadstoffe im Waldboden festzulegen. Allerdings könnte eine Sanierung auch negative Auswirkungen auf den Wald haben.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7214 Friedl Claudia**

#### **Setzt sich der Bundesrat für die Ratifizierung des neuen Abkommens zum Schutz der Meere ein?**

Die UNO-Mitgliedstaaten einigten sich am 5. März 2023 auf ein Abkommen zum Schutz der «Hohen See», was einer Fläche von zwei Dritteln der Ozeane entspricht. Damit dieses Abkommen in Kraft tritt, müssen es mindestens 60 Staaten ratifizieren.

- Wird der Bundesrat das Abkommen ratifizieren? Wenn ja, bis wann?
- Die Schweiz ist Mitglied der «High ambition coalition on Biodiversity Beyond National Jurisdiction» — wird der Bundesrat sich international für die Ratifizierung des Abkommens einsetzen?

#### **Antwort**

Die Verhandlungen über das Abkommen wurden am 4. März 2023 abgeschlossen. Der Abkommenstext wird nun redaktionell bearbeitet und in die sechs UNO-Sprachen übersetzt. Danach können die Länder die Texte kommentieren. Nach Abschluss dieser Phase wird der endgültige Abkommenstext den UN-Mitgliedern bis Ende des Jahres zur formellen Annahme vorgelegt. Nach einem eingehenden Studium des endgültigen Abkommenstextes wird der Bund dann die Ratifizierung prüfen.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### **Question 23.7218 Dandrès** **Conditions de travail au sein des partenaires de La Poste**

La Poste fait des partenariats avec des entreprises comme la Migros, en remplacement d'établissements postaux. Quelle est la nature juridique de ces partenariats (location d'espace, contrat de travail, etc.) ? A quelles conditions de travail (CCT) sont soumis.e.s les salarié.e.s que fournissent le travail auparavant réalisé par des employé.e.s de La Poste au bénéfice des CCT de La Poste ? Quelle place est prévue pour la négociation collective et le dialogue social dans ces partenaires ?

#### **Réponse**

Selon les informations de la Poste, le partenariat consiste d'un contrat de prestations de services postaux. Pour qu'un contrat de partenariat soit conclu, le commerce doit remplir certaines conditions préalables : c'est une personne morale, il est ouvert au moins cinq jours et durant au moins 30 heures par semaine, il n'y a en règle pas de fermeture annuelle et l'offre du partenaire est compatible avec l'offre postale. A noter également, les partenaires signent un code social et éthique correspondant lors de la conclusion du contrat.

Les collaborateurs du commerce partenaire sont soumis aux conditions de travail du partenaire. Ni le partenariat avec la Poste ni la Poste elle-même n'ont d'influence sur ces conditions. La Poste travaille avant tout avec des partenaires bien établis comme Migros ou Coop : auprès de ces enseignes, les collaborateurs bénéficient d'ailleurs de conditions établies dans une convention collective de travail (CCT).



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7220 Büchel Roland Arealüberdeckung Bahnhof St. Fiden, St. Gallen: städtebaulichen Spielraum nutzen, um u.a. die Hochschule und das Kantonsspital entwickeln zu können?**

St. Gallen braucht mehr städtebaulichen Spielraum. Beim Bahnhof St. Fiden bietet sich die Gelegenheit, mit einer Überdeckung der Autobahn und der SBB-Geleise 70000 m<sup>2</sup> an zentraler Lage zu nutzen. Die SBB haben am 24.02.22 einer Überdeckung des Bahnhofs zugestimmt, das Projekt im September jedoch abgelehnt, obwohl die Machbarkeit nachgewiesen war.

Ist der Bundesrat bereit, das Anliegen mit den SBB aufzunehmen, um den Weg für eine sinnvolle Lösung für St. Gallen zu ebnen?

#### **Antwort**

Der Bundesrat führt die SBB mit strategischen Zielen und sieht von einer Intervention bei einzelnen Projekten ihrem Verantwortungsbereich ab. Im folgenden deshalb die Antwort der SBB zu dieser Frage:

Die SBB ist als Grundeigentümerin seit jeher an den infrastrukturellen wie städtebaulichen Planungen im Raum St. Gallen St.Fiden–Heiligkreuz beteiligt.

Dementsprechend steht die SBB nach wie vor zu den Resultaten der Testplanung Zukunftsbild St.Fiden–Heiligkreuz von Ende 2017 und war danach an verschiedenen Untersuchungen beteiligt. Nach Vorliegen der letzten Erkenntnisse zu Konstruktion, Städtebau und Verkehr kam die SBB nach intensiver Prüfung zum Schluss, dass eine integrale Gleisüberdeckung in verschiedener Hinsicht nicht zielführend sein kann.

Auch ohne die untersuchte Gleisüberdeckung bietet der Raum St. Fiden ein Verdichtungspotenzial ausserhalb der Gleisanlagen.

Diese Haltung hat die SBB am 29. September 2022 Stadt und Kanton St. Gallen unterbreitet.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7221 Büchel Roland**

**Gemäss Recherchen vom "K-Tipp" planen die SBB, in 57 Bahnhöfen umfangreich und verdeckt Daten über Passanten zu sammeln. Auch in den Kantonen SG, TG, AR und AI?**

Die SBB wollen eine bessere kommerzielle «Abschöpfung» der Kunden erreichen; dies mit dem Einsatz modernster Kamerasysteme (Frage Büchel 23.7078). Die Kameras sollen für die Reisenden unsichtbar angebracht werden. Geplant ist die Aktion bis ins Jahr 2028, mit Option auf Verlängerung bis 2033. Alter, Geschlecht, Grösse und mitgeführtes Gepäck sollen erfasst werden. Den Anfang soll der Bahnhof Schaffhausen machen.

- Welche Bahnhöfe in den Kantonen SG, TG, AR und AI sind davon, ab wann betroffen?

### **Antwort**

Wie bereits in der Fragestunde von letzter Woche mitgeteilt, hat die SBB festgehalten, dass es sich hier nicht um ein verdecktes Sammeln von Passantendaten handelt. Die Informationen zu Personenflüssen sollen dazu dienen, die Bahnhöfe und das gesamte Bahnsystem zu dimensionieren, zu optimieren und zu unterhalten.

Momentan ist das Projekt in der Ausschreibungsphase. Die detaillierte Planung wird die SBB nach der Vergabe gemeinsam mit dem Provider erarbeiten. Die Inbetriebnahme ist zwischen 2024 und 2026 vorgesehen.

Mit dem heutigen System ausgerüstet ist der Bahnhof St. Gallen. In den Kantonen St. Gallen und Thurgau sollen folgende Bahnhöfe neu mit dem System ausgerüstet werden: Frauenfeld, Gossau SG, Rapperswil, Romanshorn, Sargans, Weinfelden und Wil SG. In den Kantonen AR und AI hat die SBB keine Bahnhöfe.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7227 Moser

#### **Ewige Chemikalien: Wann handelt der Bundesrat?**

Deutschland, Dänemark, Norwegen, die Niederlande und Schweden fordern ein Verbot von rund 10.000 sogenannten Ewigen Chemikalien, den PFAS. Sie haben ihren gemeinsamen Vorschlag Anfang Januar 2023 bei der Europäischen Chemikalienagentur eingereicht. Die Belastungslage der Schweizer Bevölkerung und der Schweizer Umwelt mit diesen Chemikalien ist mit denen in diesen Ländern vergleichbar.

Wie steht der Bundesrat zu einem Verbot? Wann ist mit einer Positionierung der Schweiz zu rechnen?

### Question 23.7256 Fivaz Fabien

#### **Interdiction des PFAS: quel calendrier?**

Dans le cadre de la motion Maret 22.3929, le Conseil fédéral a accepté de fixer un cadre contraignant pour les teneurs

en PFAS dans les eaux, les sols et les aliments. Cette position est à saluer.

L'interdiction de ces produits extrêmement

stables et toxiques doit pourtant être la suite logique, l'UE y réfléchit.

- Quel est le calendrier pour leur interdiction en Suisse?

- Quels sont les obstacles à cette interdiction?

### **Antwort**

Wie in der Antwort auf das 22.4585 Po. Moser ausgeführt, ist der Bundesrat bereit, einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung durch PFAS zu prüfen und die Thematik grundsätzlich anzugehen. Die bestehenden Verbotsregelungen der Schweiz für bestimmte Gruppen von PFAS sind auf entsprechende Regelungen der EU abgestimmt. In der EU werden gegenwärtig drei Regulierungsvorschläge für weitergehende Beschränkungen von PFAS in Rechtsetzungsverfahren nach der REACH-Verordnung bearbeitet. Diese betreffen (1) Perfluorhexansäure und Vorläuferverbindungen, (2) PFAS in Feuerlöschschäumen und (3) die in der Frage erwähnte umfassende Beschränkung von PFAS. Ein definitiver Rechtstext für eine umfassende Beschränkung von PFAS in der EU wird voraussichtlich nicht vor 2025 vorliegen.



Das UVEK verfolgt die Entwicklung in der EU aufmerksam und wird auf der Basis von definitiven Regelungen der EU zeitnah entsprechende Anpassungen der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV, SR 814.81) prüfen.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7228 Jauslin**

#### **Fragen zur Interpellation 22.4080 «Der Bundesrat verbietet Verbotenes»**

Laut Antwort auf meine Interpellation 22.4080 wären kommerzielle Flüge mit historischen Luftfahrzeugen ohne entsprechendes Verbot aufgrund nationaler Vorschriften weiterhin möglich gewesen.

1. Welche Bestimmungen regeln die Erteilung eines nationalen «Flugbetreiberzeugnisses» und einer nationalen Betriebsbewilligung? Die VBR I verweist ausschliesslich auf EU-Vorschriften.
2. Welche Anforderungen gelten für nationale Bewilligungen?
3. Warum hat der Bundesrat diese Grundlagen nicht aufgehoben?

### **Antwort**

1. und 2. Bei den relevanten Bestimmungen handelt es sich in erster Linie um Art. 27 des Bundesgesetzes über die Luftfahrt, Art. 100 ff. der Verordnung über die Luftfahrt (LFV) sowie die Verordnung des UVEK über die Betriebsregeln im gewerbsmässigen Luftverkehr (VBR I). Der Verweis von Ziff. 2.1.1.1 in der VBR I ist nicht als Verweis ins EU-Recht zu verstehen, sondern bringt die entsprechenden EU-Bestimmungen in analoger Weise als nationales Recht zur Anwendung. Dies gilt für alle Luftfahrzeuge, welche nicht in den Geltungsbereich des EU-Rechts fallen (so u.a. die historischen Luftfahrzeuge).
3. Zum einen bestehen neben der Sonderkategorie «historisch» noch weitere vom EU-Recht nicht geregelte Kategorien, für welche das nationale Recht Vorschriften für die gewerbsmässige Operation vorsehen kann. Zum anderen verbleiben einzelne Regelungsbereiche trotz Anwendbarkeit der EU-Normen im Geltungsbereich des nationalen Rechts (z.B. verschiedene Anordnungen zu den Flugdienstzeiten).



## Heure des questions du 13 mars 2023

### **Question 23.7234 Fehlmann Rielle** **Posture sexiste de PostFinance**

Quand un compte chez PostFinance est au nom d'un couple hétérosexuel avec le nom des deux conjoint.e.s., seul le mari est consulté en cas de démarches. Pire, il y a refus d'adresser les informations aux deux personnes et la menace de blocage du compte si des documents ne sont pas retournés.

Alors que l'égalité des sexes est reconnue par la Constitution, que la notion de « chef de famille » a été supprimée du droit matrimonial, comment le Conseil fédéral réagit-il face à cette posture sexiste ?

### **Réponse**

Dans sa gestion, la Poste ne doit évidemment enfreindre ni les exigences légales ni les principes de l'égalité des genres. Elle est tenue de garantir leur respect par des mesures de conformité appropriées.

Le Conseil fédéral gère la Poste suisse conformément aux directives sur la gouvernance d'entreprise, en fixant des objectifs stratégiques. Il n'exerce pas d'influence sur les activités opérationnelles. Il n'appartient donc pas au Conseil fédéral de se prononcer sur cette question.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7236 Andrey**

#### **Echtzeitdaten zum schweizweiten Wasserverbrauch**

Wassermanagement wird bedingt durch den Klimawandel immer anspruchsvoller. Die Verwaltung verfügt über detaillierte Echtzeitdaten zu den Pegelständen und Abflussraten der Gewässer.

- Plant der Bundesrat, offene Daten über den landesweiten Wasserverbrauch zu erheben, um Steuerungsmassnahmen bei Wassermangellage besser umsetzen zu können?
- Hat er die nötigen Kompetenzen und gesetzliche Grundlagen dazu?

#### **Antwort**

Der Bundesrat hat am 18. Mai 2022 den Bericht «Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement» verabschiedet. Darin schlägt er verschiedene Massnahmen vor: Unter anderem empfiehlt der Bundesrat den Kantonen, den aktuellen Wasserverbrauch umfassender zu messen. Zu diesem Zweck hat er das Bundesamt für Umwelt (BAFU) beauftragt zu prüfen, welche Daten zur Wassernutzung mit geringem Aufwand schweizweit erhoben werden können. Zudem wurde das BAFU beauftragt, den Kantonen Wissensgrundlagen und Konzepte zur Verfügung zu stellen, mit denen sie Wassernutzungsdaten besser und standardisiert erheben können. Mit Artikel 57 und 58 des Gewässerschutzgesetzes bestehen die hierfür erforderlichen gesetzlichen Grundlagen.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7246 Trede

#### **Bleiben gesundheitsgefährdende Produkte für die berufliche Anwendung von Pestiziden weiterhin erlaubt?**

Auf meine Interpellation 22.4592 gab der Bundesrat an, Produkte für die Privatanwendung zu verbieten, die gemäss der «Verordnung (EG) Nr. 1272/2008» folgende Gesundheitsgefahren bergen: Karzinogenität, Keimzellmutagenität, Reproduktionstoxizität, Sensibilisierung der Atemwege oder der Haut, schwere Augenschädigung, Ätzwirkung auf die Haut, akute Toxizität oder spezifische Zielorgantoxizität.

Bleiben diese Stoffe für berufliche Anwenderinnen trotz der genannten Gefahren erlaubt? Wenn ja, warum?

#### **Antwort**

Pflanzenschutzmittel werden nur zugelassen, wenn nicht eine Gefahrenkategorie die Produktzulassung ausschliesst. Ausserdem muss ungeachtet der Gefahreigenschaften mit einer Risikobewertung gezeigt werden, dass die Pflanzenschutzmittel keine sofortigen oder verzögerten schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen haben. Berufliche Verwenderinnen und Verwender sind aufgrund ihrer professionellen Ausbildung und der routinemässigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln viel erfahrener als nichtberufliche Verwenderinnen und Verwender. Wer Pflanzenschutzmittel beruflich verwendet, muss zudem im Besitz einer «Fachbewilligung zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln» sein. Alternativ muss die Person von jemandem mit Fachbewilligung angeleitet werden. Deshalb können bei beruflichen Verwenderinnen und Verwendern Verhaltensweisen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes vorausgesetzt werden, die den Umgang mit Mitteln mit Gefahreigenschaften erlauben. Ein solcher Umgang kann nichtberuflichen Verwenderinnen und Verwendern nicht im gleichen Umfang zugemutet werden.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7248 Arslan

#### Ist die Schweiz in allen Bereichen auf ein Erdbeben vorbereitet?

Gemäss aktuellen Berichten zufolge wären die mutmasslichen Auswirkungen eines Erdbebens auch in der Schweiz enorm.

Die führt zu folgenden Fragen:

1. Sind die Gebäude in der Schweiz gegen Erdbeben versichert?
2. Gibt es in der Schweiz eine einheitliche Schadenorganisation, die im Falle eines Erdbebens rasch und koordiniert eingreifen kann?
3. Steht bereits heute fest, wo Obdachlose in einem Erdbebenfall untergebracht werden können?
4. Sind Spitäler auf die Folgen von Erdbeben vorbereitet?

#### Antwort

- 1) Heute besteht keine obligatorische Erdbebenversicherung in der Schweiz. Nur ungefähr 15 Prozent der Eigentümer und Eigentümerinnen haben eine private Versicherung für Erdbebenschäden. In Erfüllung der Motion 20.4329 der UREK-S wird derzeit geklärt, ob eine sogenannte Eventualverpflichtung den Wiederaufbau von beschädigten Gebäuden finanzieren könnte.
- 2) Die Schadenorganisation Erdbeben (SOE) der Kantone und Versicherungen befindet sich im Aufbau. Sie soll Ende 2023 operativ sein. Die SOE bezweckt den Aufbau und den Betrieb einer Organisation, die nach einem Erdbeben die nötigen personellen und technischen Ressourcen bereitstellt, um beschädigte Gebäude zu beurteilen und eine Schätzung der zu erwartenden Wiederaufbau- bzw. Reparaturkosten zu erstellen. Diese Schätzungen bilden die Grundlage für mögliche Hilfsgesuche der Kantone an den Bund für rasche finanzielle Wiederaufbauhilfe sowie für die Festlegung einer Entschädigung durch die Assekuranz.
- 3) Eine spezifische Vorsorgeplanung für die Unterbringung von Obdachlosen im Falle eines Erdbebens besteht heute in der Schweiz nicht. Das BAFU erarbeitet seit 2021 zusammen mit einer Vielzahl von Partnern eine Nationale Vorsorgeplanung Erdbeben. Die Ergebnisse werden dem Bundesrat Ende 2024 unterbreitet.
- 4) Gemäss aktuellem Kenntnisstand reichen die Kapazitäten der Spitäler heute nicht aus, um den grossen Anfall von verletzten Personen im Falle eines grossen Erdbebens zu bewältigen. Im Rahmen der nationalen Vorsorgeplanung Erdbeben werden Defizite erfasst und Massnahmen zur Umsetzung erarbeitet.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7260 Regazzi**

#### **Appalti pubblici ad aziende estere di dubbia reputazione: é ora di dire basta!**

Il Gruppo edile Rossi (IT), presente anche in CH e sotto inchiesta per violazione della Legge sul lavoro, è indagato all'estero per presunte infiltrazioni mafiose. Una pessima carta da visita, visto che il Gruppo intrattiene rapporti contrattuali con le FFS. Non è la prima volta che grandi opere pubbliche elvetiche vengono attribuite ad imprese estere di dubbia reputazione. Come valuta il CF questo fatto? E soprattutto cosa intende fare per evitare che ciò accada anche in futuro?

#### **Antwort**

Der Bundesrat erwartet von der SBB eine hohe Sorgfaltspflicht bei der Vergabe von Aufträgen. Gegenüber allen Anbieterinnen gilt, dass die SBB Unternehmen von Vergabeverfahren ausschliesst, falls gegen diese eine rechtskräftige Verurteilung wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens zum Nachteil der SBB vorliegt. Für einen Ausschluss reicht bereits aus, wenn eine Anbieterin keine verlässliche oder vertrauenswürdige Vertragspartnerin ist.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7263 Gugger**

#### **Höhenbeschränkungen für Solaranlagen lockern**

In der Schweiz gibt es ein beträchtliches Potenzial für Solaranlagen. Offene Dächer auf Gebäuden stellen freie Flächen dar, die für die Installation von Solarmodulen genutzt werden können, jedoch stellen strenge Höhenbeschränkungen das grösste Problem in Bezug auf Genehmigungsfragen dar. | Wer ist für diese Bestimmungen zuständig und ist der Bundesrat bereit, sich für eine Lockerung einzusetzen?

#### **Antwort**

Zuständig für Höhenbeschränkungen von Gebäuden und für Vorschriften zur Gestaltung von Dächern sind grundsätzlich die Kantone.

Sie haben diese Kompetenzen in vielen Fällen an die Gemeinden delegiert.

Die Eidg. Räte haben in Artikel 18a des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700) bereits wichtige Grundsätze festgelegt, um die Errichtung von Solaranlagen auf Dächern zu erleichtern. Der Bundesrat seinerseits hat mit Teilrevision vom 3. Juni 2022 der Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 (RPV; SR 700.1) in Artikel 32a und 32c RPV weitere Erleichterungen vorgenommen.

Es entspricht dem erklärten Willen des Bundesrats, den Zubau von Solaranlagen bestmöglich zu fördern. Das UVEK steht dazu in engem Kontakt mit den Kantonen und setzt sich für angemessene Bestimmungen ein.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7266 Gmür

#### Wasserkraft als Speicher für erneuerbare Energie

Die Schweiz muss alles unternehmen um die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten. Es sind alle Möglichkeiten zu nutzen. So wäre bei der Nutzung der Wasserkraft des Sihlsees ein grosses Potential vorhanden, indem ein zweiter Stollen gebaut würde, um z.B. mit Sonnenenergie Wasser vom Zürichsee in den Sihlsee hochzupumpen und den Wasserspeicher Sihlsee besser auszunützen. Ist der Bundesrat bereit bei der SBB als Eigentümer Einfluss zu nehmen, dass dies geprüft und umgesetzt wird?

#### Antwort

Seit 1987 ist die SBB alleinige Inhaberin der Etzelwerk AG mit dem gestauten Sihlsee und den Turbinen in der Zentrale Altendorf beim Zürichsee. Das Kraftwerk dient der Bahnstrom-Produktion ohne Einspeisung in das kommerzielle 50 Hertz-Netz. Bereits heute ist mit den Pumpturbinen ein flexibler Kraftwerkseinsatz möglich: Bei Bedarf kann Wasser vom Zürichsee in den Sihlsee gepumpt werden. Die SBB und die Kantone Zürich, Schwyz und Zug sowie die Schwyzer Bezirke Einsiedeln und Höfe haben die Verhandlungen über eine Erneuerung der Wasserrechts-Konzession für das Etzelwerk abgeschlossen. Die Konzession soll in den nächsten Monaten erteilt werden. Die SBB plant in enger Zusammenarbeit mit den Konzessionsgebern die Erneuerung des 80-jährigen Werkes. Ebenso ist sie verpflichtet, nach einem gewissen Zeitraum die weiteren Verwendungsmöglichkeiten und die Steigerung der Energieproduktion zu überprüfen.

Der Bundesrat erwartet als Eigner der SBB, dass die SBB die Wasserspeicher-Möglichkeiten des Sihlsees optimal nutzen.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7181 Bühler

#### Taux d'occupation des centres fédéraux d'asile (CFA)

Récemment le CFA de Boudry a fait état d'un taux d'occupation presque du double de ce qui est autorisé (480 places).

Au 1er janvier 2023, quel était le taux d'occupation autorisé et le taux d'occupation effectif pour les CFA

suivants : Altstätten, Bâle, Berne, Boudry, Chiasso et Zurich?

Quels étaient ces taux en date du 28 février 2023?

Si un incident se produit dans un CFA et que le taux d'occupation est supérieur à celui autorisé, quelles sont les conséquences légales ?

### Réponse

La capacité des centres fédéraux pour requérants d'asile (CFA) a été augmentée tout en respectant les conditions légales, comme par exemple les normes de protection incendie. Pour le CFA de Boudry, un nouveau bâtiment appartenant au canton de Neuchâtel a été loué par le SEM dès 2021 suite à la pandémie du Covid-19, ce qui a permis, en plus des mesures de densification de l'hébergement, d'augmenter la capacité de 480 à 684 places. Le canton de Neuchâtel et la commune de Boudry en ont été informés dans un contexte d'urgence. Aujourd'hui, l'effectif à Boudry est inférieur à 480 places. Le processus d'actualisation de la convention sur les modalités de gestion et d'occupation du CFA de Boudry est par ailleurs en cours.

#### Capacité et effectifs au 1<sup>er</sup> janvier 2023

	Capacité	Effectifs
Altstätten	340	187
Bâle	586	363
Berne	500	388
Boudry	684	669
Chiasso	662	513
Zurich	536	393

#### Capacité et effectifs au 6 mars 2023

	Capacité	Effectifs
Altstätten	340	232
Bâle	586	284
Berne	475	260
Boudry	684	451



Chiasso	662	518
Zurich	360	361

Le SEM dispose d'un plan d'exploitation pour la gestion des CFA qui est aussi appliqué dans les situations extraordinaires, par exemple avec un taux d'occupation élevé. Le SEM respecte toujours les directives de la police du feu, et ce même en cas de suroccupation temporaire.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7184 Dettling 25 jährige Minderjährige bei den UMA's?**

Im Jahr haben über 50% mehr unbegleitete Minderjährige (UMA) Asylgesuche gestellt als im Jahr 2021. Die meisten aus Afghanistan.

Bei wie vielen hat das SEM 2022 eine Überprüfung des Alters angeordnet?  
Bei wie vielen davon war die Altersangabe falsch?

Wie viele kommen ohne Identitätsnachweis (Pass) in die Schweiz.

Warum ordnet der Bund nicht bei allen UMA ohne gültige Identität eine Überprüfung des Alters an durch eine wissenschaftliche Methode?

### **Antwort**

Im Jahre 2022 haben 2877 unbegleiteten Minderjährige (UMA) ein Asylgesuch eingereicht. Davon wurden in 1040 Fällen Altersabklärungen durchgeführt. Dabei wurde die Minderjährigkeit in 545 Fällen bestätigt. In 495 Fällen wurde die behauptete Minderjährigkeit aufgrund eines Gutachtens als unwahrscheinlich eingestuft. Die betroffene Person wurde daher für das weitere Asylverfahren als volljährig eingestuft.

Von den 2877 UMA, die im Jahr 2022 ein Asylgesuch eingereicht haben, haben 2745 keinen Pass oder Identitätskarte abgegeben.

Macht eine asylsuchende Person ohne gültiges Identitätsdokument geltend, sie sei minderjährig, wird nach der Registrierung des Asylgesuchs das angegebene Alter überprüft. Die Frage der Minderjährigkeit muss jedoch nicht weiter abgeklärt werden, wenn die Minderjährigkeit ohne Weiteres als erwiesen gilt. Auch wenn die bei der Befragung zur Person gesammelten Informationen darauf schliessen lassen, dass die behauptete Minderjährigkeit unwahrscheinlich ist, müssen noch keine weiteren Instruktionsmassnahmen bezüglich des Alters angeordnet werden. Die betreffende Person wird nämlich unter Einhaltung der Verfahrensgarantien als volljährig angesehen. Ein rechtsmedizinisches Gutachten wird hingegen dann angeordnet, wenn nach der Befragung zur Person noch Zweifel in Bezug auf die behauptete Minderjährigkeit bestehen.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7185 Dettling

#### Neuer Asyltrend: unbegleitete Minderjährige (UMA)

Im Asylwesen herrscht ein neuer Trend. Unbegleitet und angeblich minderjährig. Wie war das Alter der UMA im Jahr 2022.

16-18 jährig?

14-16 jährig?

jünger als 14 jährig?

Wie viele dieser UMA waren weiblich und wie viele männlich?

Wie viele UMA haben im Jahr 2022 Asyl gestellt. Wie viele davon haben Asyl erhalten? Wie viele wurden zurück in ihre Heimat gebracht?

Wie viele UMA sind aktuell in der Schweiz? (Mit Asyl und ohne)

#### Antwort

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 2877 Asylgesuche von unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden (UMA) registriert. Davon waren 95 UMA jünger als 14-jährig, 726 waren 14- bis 15-jährig und 2056 16- bis 17-jährig. 103 UMA waren weiblich und 2774 waren männlich.

Von den 2877 UMA, welche im Jahr 2022 ein Asylgesuch eingereicht haben, erhielten bisher 115 Asyl und 1892 eine vorläufige Aufnahme. Bei 36 UMA wurde das Asylgesuch abgelehnt und der Vollzug der Wegweisung angeordnet. 8 Personen erhielten einen Nichteintretensentscheid inklusive Dublinentscheide und bei 158 Personen wurde das Verfahren abgeschlossen. Bei 668 UMA ist das Verfahren noch hängig. Von den 2'877 Asylgesuchen von UMA im Jahr 2022 reisten bis am 6.3.2022 drei Personen in ihre Heimat zurück (freiwillige Ausreisen). Es fanden keine zwangsweisen Rückführungen statt (Heimat- oder Drittstaat).

Von den 2877 Personen, die im Jahr 2022 als UMA ein Asylgesuch gestellt haben, sind aktuell noch 2675 Personen anwesend, davon 115 mit Asyl und 1892 mit vorläufiger Aufnahme.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7189 Marchesi

#### Permessi S: quanti hanno trovato un lavoro ai danni di cittadini svizzeri?

Delle varie persone in possesso del permesso S:

1. Quante hanno trovato un lavoro?
2. Che tipo di contratto regola i rapporti con le varie aziende?
3. In che settori hanno un impiego?
4. Queste persone hanno occupato posti che altrimenti sarebbero stati assunti da lavoratori svizzeri?

Si chiede di esporre i dati nel globale e per regione linguistica.

### Réponse

1. Les données au 28.02.2023 indiquent que 5'936 personnes avec statut S sont en activité, sur un total de 38'654 personnes en âge de travailler (âgées de 18 à moins de 65 ans). Ceci représente un taux d'emploi de 15,1%. Par région linguistique, sont actives 4'985 personnes avec statut S en Suisse alémanique, 808 en Suisse romande et 143 au Tessin. En Suisse romande et au Tessin, le taux d'activité est légèrement inférieur à celui de la Suisse alémanique. Cet état de fait peut s'expliquer par différentes raisons, comme les connaissances linguistiques, la structure économique régionale, la situation sur le marché du travail régional et la disponibilité de places de garde d'enfants. A leur arrivée en Suisse, 69% des personnes n'avaient aucune connaissance de l'allemand, 86% aucune connaissance du français et 88% aucune connaissance de l'italien.
2. Les contrats de travail conclus entre employeurs et détenteurs de permis S sont des contrats de travail ordinaires selon le droit du travail suisse. En particulier, les conditions de rémunération et de travail usuelles dans la branche, la profession et le lieu doivent être respectées. Le respect de ces conditions est contrôlé par les services cantonaux compétents. Le taux moyen d'activité est de 70%.
3. Les 5 secteurs économiques les plus représentés sont : 1. Hôtellerie et restauration (24%), 2. Planification, conseil et informatique (18%) ; 3. Enseignement (7%) / Services personnels (7%) ; 5. Hébergement social et oeuvres sociales (3%) / Agriculture (3%).
4. Les bénéficiaires du statut S sont considérés comme faisant partie de la main-d'œuvre indigène. Ils sont toutefois dans une très grande proportion actifs dans des secteurs économiques marqués par une forte pénurie de main-d'œuvre et confrontés à des difficultés de recrutement.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7190 Heimgartner Ein Taser für jede Polizei-Patrouille**

Bis anhin haben nur gewisse Kantone Taser im Einsatz. Taser sind wichtige Einsatzmittel und Destabilisierungsgeräte wenn sich Polizeikräfte in einer Bedrohungslage befinden, um nicht zur Schusswaffe greifen zu müssen.

Welche Kantone haben ihre Patrouillen mit Tasern ausgerüstet?  
Wie oft werden Taser eingesetzt und wie sind die Erfahrungen damit?  
Gab es Todesfälle oder schwerstverletzte Personen im Zusammenhang mit Tasern?  
Wieso werden Taser nicht einheitlich in der ganzen Schweiz eingesetzt?

### **Frage 23.7206 Heimgartner Taser sind harmloser als herkömmliche Munition, was spricht gegen eine flächendeckende Zusatzausrüstung der Polizei mit Tasern?**

Seit 2006 wird die Polizei in der Schweiz mit sogenannter "Mannstop-Munition" ausgerüstet, welche im Körper des Opfers steckenbleiben soll. Taser hingegen verpassen einem Opfer einen Elektroschock, welche das Opfer bewegungsunfähig machen soll, ohne bleibende Schäden zu hinterlassen. Taser führen somit zu weniger bleibenden Schäden bei Opfern als herkömmliche Polizeimunition. Was spricht bei der Polizei gegen eine flächendeckende Einführung von Tasern als Zusatzbewaffnung?

### **Antwort**

In der Schweiz liegt die Polizeihöhe bei den Kantonen. Jeder Kanton entscheidet autonom und je nach Situation über die Ausrüstung seines Polizeikorps und über die einzusetzenden Zwangsmittel (siehe auch die Antwort auf die Interpellation Addor 21.4378). Das Destabilisierungsgerät wurde gemäss Angaben der Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten (KKPKS) im Jahr 2021 gesamtschweizerisch 81-mal eingesetzt. In 75 weiteren Fällen wurde dessen Einsatz angedroht. Die definitiven Zahlen für das Jahr 2022 liegen noch nicht vor. Der KKPKS sind bis heute keine Todesfälle oder Schwerverletzte im Zusammenhang mit dem Einsatz eines Destabilisierungsgeräts bekannt.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7194 Steinemann**

#### **Erfasst der Bund wirklich die Geburtsdaten der Asylantragsteller nicht mehr?**

Mit der Anfrage 16.3687 hat der Bundesrat die Zahlen zu den Asylsuchenden, die mit Geburtsdatum 1. Januar erfasst werden, erläutert. Mit 23.7044 wurde nach einem update gefragt, die Antwort bleibt inhaltsleer.

Hat der Bund keine Angaben über elementare Daten wie das Geburtsdatum der Asylsuchenden? Wenn nein, warum nicht bzw. warum nicht mehr? Wenn doch, wie lauten die Zahlen 2022 und 2021 zu den gewöhnlichen Asylsuchenden? Wie zu den UMAs?

### **Antwort**

Die Geburtsdaten der Asylantragsteller werden nach wie vor erfasst. Das SEM erhebt zwar keine spezifische Statistik dazu, jedoch können die Angaben ausgelesen werden.

Im Jahr 2021 wurde bei 1574 Asylgesuchsstellenden als Geburtsdatum der 1. Januar erfasst, im Jahr 2022 war dies bei 2896 Personen der Fall. Im Jahr 2021 waren darunter 240 UMA, im Jahr 2022 waren es deren 635.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7217 Bulliard Iranische Frauen in der Schweiz**

Es ist unverständlich, dass das iranische Familienrecht in der Schweiz angewendet werden kann. Wie werden die Iranischen Frauen in der Schweiz geschützt?

#### **Antwort**

Das internationale Privatrecht beruht auf dem Grundsatz, dass stets dasjenige – auch ausländische – Recht zur Anwendung kommen soll, mit dem ein Sachverhalt am engsten zusammenhängt. Es ist nicht aussergewöhnlich, dass Schweizer Gerichte ausländisches Familienrecht anwenden. Bei Personen mit ausschliesslich iranischer Nationalität ist das Niederlassungsabkommen zwischen der Schweiz und dem Iran von 1934 (SR 0.142.114.362) zu beachten, das bereits Gegenstand mehrerer Vorstösse und Fragen war und aktuell von der Bundesverwaltung überprüft wird. Die Anwendung ausländischen Rechts steht immer unter dem Vorbehalt des ordre public. Ein ausländisches Recht wird also dann nicht angewendet, wenn dieses das einheimische Rechtsgefühl in unerträglicher Weise verletzt und wenn es grundlegende schweizerische Vorschriften missachtet. Schweizerische Gerichte schränken die Anwendung iranischen Rechts ein, wenn dies nötig ist, und schützen so die betroffenen Personen.



## **Fragestunde vom 13. März 2023**

### **Frage 23.7249 Arslan**

#### **Visumserteilung für Opfer der Erdbeben in der Türkei und in Syrien (1/3)**

In Antwort auf die Frage 23.7193 bestätigt der Bundesrat seine Absicht, von den Erdbeben in der Türkei und in Syrien betroffenen Personen mit vereinfachten und beschleunigten Visaverfahren zu helfen. Bis am 6. März wurden aber nur 19 Visa ausgestellt.

- Wie viele Anfragen zu den Visabedingungen und wie viele offizielle Gesuche hat das SEM insgesamt erhalten?
- Ist der Bundesrat der Meinung, dass er seine Absicht einer humanitären Aktion damit erfüllt hat?

### **Frage 23.7250 Arslan**

#### **Visumserteilung für Opfer der Erdbeben in der Türkei und in Syrien (2/3)**

In Folge der Erdbeben in der Türkei und in Syrien hat der Bundesrat beschleunigte Visaverfahren zugesichert. Die Kriterien sind für die am stärksten Betroffenen kaum zu erfüllen. Dies gilt für die beizubringenden Identitätspapiere, die Wiederausreise und die Verpflichtungserklärung über 30000 Franken.

- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass diese Kriterien den Bedürfnissen in einer Notsituation gerecht werden?
- Wie lassen sich die Kriterien zukünftig bedürfnisgerechter ausgestalten?

### **Frage 23.7251 Arslan**

#### **Visumserteilung für Opfer der Erdbeben in der Türkei und in Syrien (3/3)**

In Folge der Erdbeben in der Türkei und in Syrien hat der Bundesrat beschleunigte Visaverfahren zugesichert. Die Kriterien sind für die am stärksten Betroffenen kaum zu erfüllen. Für viele Personen ist entgegen der offiziellen Darstellung nahezu unmöglich, Reisepässe zu erhalten.

- Ist der Bundesrat bereit, diesen Personen einen Laissez-Passer auszustellen, wie dies 2013 im Rahmen der Visaerleichterung für syrische Staatsangehörige gehandhabt wurde?

## **Antwort**

Mit Stand 8. März 2023 sind insgesamt 273 Visumsgesuche im Zusammenhang mit dem Erdbeben in der Türkei und Syrien eingegangen. Davon sind 25 Visa erteilt und 20 Visa verweigert worden. Wie im Rahmen der Frage 23.7139 Arslan Sibel «Fast keine vorübergehende Besuche von Erdbebenopfern bei Familienangehörigen in der Schweiz ermöglicht – warum?» ausgeführt, konnten darüber hinaus in vielen Fällen die Visumsvoraussetzungen grundsätzlich positiv beurteilt werden. Für eine



Visumserteilung fehlt in diesen Fällen nur die Bestätigung der Verwandten in der Schweiz, dass sie diese Personen aufnehmen und für sie aufkommen. Die Schweizer Behörden haben mit der prioritären Behandlung dieser Gesuche Rahmenbedingungen geschaffen, die es engen Verwandten ermöglichen, Erdbebenopfer, die das Dach über dem Kopf verloren haben, rasch temporär bei sich aufzunehmen, wenn sie für die Kosten, die mit der Reise oder dem Aufenthalt verbunden sind, aufkommen.

Die Schweiz anerkennt nebst dem gewöhnlichen Reisepass auch provisorische bzw. Notfallpässe. Für die Ausstellung ausländischer Reisedokumente sind die entsprechenden ausländischen Behörden zuständig. In den vergangenen Wochen hat sich gezeigt, dass Identitätsdokumente durchaus rasch ausgestellt werden können. Im Übrigen verlangt die Türkei einen gültigen Reise- oder Notfallpass für die Ausreise. Die Ausstellung von Laisser-Passers kommt schon daher nicht in Frage.

Die Schweizer Behörden ermöglichen mit der prioritären Behandlung der Visumsanträge eine Unterstützung durch enge Verwandte. Die Kosten für eine solche private Unterstützung sind nicht vom Staat, sondern von den Verwandten selbst zu tragen. Dies wird mit der Verpflichtungserklärung sichergestellt. Ferner unterliegt die Ausstellung eines Visums für den kurzfristigen Aufenthalt dem Schengen-Recht. Die gesicherte Wiederausreise und die Verpflichtung, Kosten zu übernehmen, die mit der Reise oder dem Aufenthalt anfallen können, sind zwingende Voraussetzungen für ein Schengen-Visum. Davon kann die Schweiz nicht abweichen. Es ist jedoch auch möglich, dass Dritte, z. B. entferntere Verwandte, diese Kosten übernehmen. Der Antrag auf ein Visum wird von Fall zu Fall geprüft.



## Fragestunde vom 13. März 2023

### Frage 23.7254 Strupler Italien stoppt Flüchtlingsübernahme

Italien verweigert sich, Flüchtlinge zurückzunehmen, für deren Asylgesuch das Land laut Dublin-Abkommen eigentlich zuständig wäre. Dies betrifft auch die Schweiz und somit die Rückführung von Asylmigranten.

Was macht der Bundesrat hier den rechtmässigen Zustand mit Italien wieder herzustellen?

Ist Schengen-Dublin für den Bundesrat gescheitert?

### Antwort

Italien hat mit Mitteilung vom 5. Dezember 2022 die Dublin-Staaten über eine temporäre Aussetzung der Dublin-Überstellungen informiert. Italien begründet diesen Schritt damit, dass das Land eine ungewöhnlich hohe Anzahl von Anlandungen verzeichne. Darunter befänden sich zahlreiche minderjährige Personen, was die Kapazitäten des Systems zur Erstaufnahme temporär überlaste. Überstellungen gestützt auf das bilaterale Rückübernahmeabkommen sind von der Massnahme nicht betroffen.

Die Schweiz engagiert sich seitdem aktiv auf bilateraler und multilateraler Ebene dafür, dass die Überstellungen wiederaufgenommen werden. Gemeinsam mit anderen Dublin-Staaten (u.a. Deutschland, Österreich, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Dänemark) ist die Schweiz bei der Europäischen Kommission auf verschiedenen Niveaus vorstellig geworden. Die Schweiz hat zudem auf Ministerstufe im Rahmen der Treffen der EU Justiz- und Innenminister die Thematik mehrmals angesprochen. Auf bilateraler Ebene steht das Staatssekretariat für Migration SEM mit den zuständigen italienischen Behörden ebenfalls ständig in Kontakt.

Der Bundesrat hält Schengen und Dublin trotz bestehender Probleme nicht für gescheitert. So hat die Schweiz zwischen Januar 2009 und Dezember 2022 im Rahmen des Dublin Verfahrens einerseits insgesamt 10'196 Personen aus anderen Staaten übernommen, im gleichen Zeitraum jedoch auch 35'561 Personen in andere Staaten überstellt.



## Heure des questions du 13 mars 2023

### Question 23.7257 Gysin Greta

#### Durata e dilazioni delle procedure giudiziarie nell'ambito del diritto di famiglia

Il Consiglio federale non ritiene necessario analizzare le procedure giudiziarie riguardanti il diritto di famiglia, in quanto con il nuovo art. 401a del Codice di procedura civile i dati sulla durata delle procedure giudiziarie saranno generalmente rilevanti. È quanto si evince nella sua risposta al Po 22.4540.

Il Consiglio federale può dire quali dati esattamente verranno raccolti, entro quali tempi dall'entrata in vigore delle modifiche legislative e con quale regolarità?

#### Réponse

Selon le nouvel art. 401a du code de procédure civile, qui sera vraisemblablement adopté au cours de cette session (objet 20.026), la Confédération et les cantons veilleront à l'avenir conjointement avec les tribunaux à l'établissement de statistiques suffisantes notamment sur le nombre, la nature, la matière, la durée et les coûts des procédures civiles. Ces statistiques porteront également sur les procédures relevant du droit de la famille. Après l'entrée en vigueur des nouvelles règles au 1<sup>er</sup> janvier 2025 selon le calendrier prévu actuellement, la Confédération, les cantons et les tribunaux détermineront ensemble quelles données seront récoltées et fixeront les délais de la mise en oeuvre. Ces données seront normalement recensées annuellement.

## **NATIONALRAT – CONSEIL NATIONAL**

Frühjahrssession – Session de printemps 2023

### **2023.7265**

Frage Roduit

Question Roduit

### **Ist die «inklusive Sprache» in der Bundesversammlung erlaubt?**

Wortlaut der Frage vom 13. März 2023

In der Antwort auf die Frage [23.7122](#) betreffend geschlechtergerechte Sprache beim Bund, wird darauf aufmerksam gemacht, dass Artikel 5 Absatz 2 des Sprachengesetzes (SpG) vorsieht, dass die Bundesbehörden die Amtssprachen in ihrer Standardform verwenden.

- Wie steht es mit parlamentarischen Vorstössen in «inklusive Sprache», wie zum Beispiel Fragen für die Fragestunde?
- Ist eine Kontrolle vorgesehen?

### **Le langage inclusif est-il autorisé au Parlement fédéral ?**

Texte de la question du 8 mars 2023

En réponse à la question [23.7122](#), concernant la formulation inclusive au sein de la Confédération, la Chancellerie fédérale rappelle que l'article 5 alinéa 2, de la loi sur les langues (LLC) prévoit que les autorités fédérales utilisent les langues officielles dans leur forme standard.

- Qu'en est-il des interventions parlementaires, comme par exemple les questions pour l'heure des questions, qui utilisent le langage inclusif ?
- Un contrôle est-il envisagé ?

### **Antwort des Büros vom 13. März 2023**

Die Abfassung und Formulierung von parlamentarischen Vorstössen und Fragen für die Fragestunde liegt in der Verantwortung der Ratsmitglieder. Diese Texte werden bei der Einreichung nur auf ihre formale Rechtmässigkeit überprüft (Art. 23 des Geschäftsreglements des Nationalrates).

Die Bearbeitung der Vorstösse durch die Parlamentsdienste im Hinblick auf die Beratung im Parlament hingegen erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, auf welche die Bundeskanzlei in ihrer Antwort auf die Frage 23.7122 hingewiesen hat. Sie betrifft die Titel der parlamentarischen Vorstösse, die gemäss den redaktionellen Vorgaben überprüft und geändert werden – auch in der Geschäftsdatenbank Curia Vista im Hinblick auf die Behandlung in den Räten. Diese Titel sind auf den Sessionsprogrammen, Tagesordnungen und weiteren Arbeitspapieren zu finden und ermöglichen – wenn sie einheitlichen Kriterien entsprechen –, namentlich eine effizientere Suche in den Datenbanken.

Gemäss den Weisungen der Bundeskanzlei werden bei der Übersetzung von Vorstössen unerlaubte typografische Zeichen (z. B. \* oder :) im übersetzten Text nicht übernommen.

Titel und Text der Fragen für die Fragestunde jedoch werden in Curia weder überprüft noch geändert. Nur deren Titel wird, sofern er unerlaubte typografische Zeichen enthält, bei der Aufnahme ins Amtliche Bulletin nach der Sitzung geändert.

Die von den Parlamentsdiensten für die parlamentarischen Organe verfassten Texte halten sich ebenfalls an die oben genannten Vorgaben, und alternative Schreibweisen sind nicht erlaubt.

### **Réponse du bureau du 13 mars 2023**

La formulation et la rédaction des interventions parlementaires et des questions pour l'heure des questions relèvent de la responsabilité des parlementaires. Elles ne sont pas contrôlées lors de leur dépôt hormis l'examen de leur recevabilité (art. 23 du règlement du Conseil national).

En revanche, le traitement de ces interventions par les Services du Parlement, en vue de leur examen par le Parlement, s'effectue dans le respect des dispositions légales rappelées par la Chancellerie fédérale dans sa réponse à la question 23.7122. Cela concerne le titre des interventions parlementaires qui est contrôlé et modifié conformément aux conventions de rédaction, y compris dans la base de données des objets parlementaires Curia Vista, ceci en vue de leur examen par les Conseils. Ces titres figurent sur les programmes de session, les ordres du jour et autres documents de travail et permettent notamment une recherche plus efficace dans les banques de données s'ils répondent à des critères unifiés.

Conformément aux directives de la Chancellerie, lors de la traduction des interventions parlementaires, les signes typographiques prohibés (par ex. \* ou :) sont retirés du texte traduit.

Concernant l'heure des questions, les questions - titre et texte - ne sont ni contrôlées ni modifiées dans Curia. Seul leur titre, s'il comporte des signes typographiques prohibés, est modifié pour son intégration dans le Bulletin officiel après la séance.

Les textes rédigés par les Services du Parlement pour les organes parlementaires respectent également les dispositions précitées et les pratiques d'écriture alternatives sont proscrites.